

# Regierung will Inhalte von Internet-Nutzern direkt kontrollieren

Veröffentlicht am 18.08.2017 von [watergate.tv](http://watergate.tv)

Furchterregend, wie weit die staatliche Kontrolle und der Dursuchungswahn im Internet jetzt gehen. Zunächst einmal sei daran erinnert:

❖ Das **Netzwerkdurchsetzungsgesetz** geht ab dem **01.10.2017** an den Start. Dann müssen Internet-Dienstleister löschen, zensieren und vorbeugend vielleicht sogar Nutzer sperren. Dann wird sich die Internet-Welt schnell ändern.



## ► Vorsicht vor diesem Mechanismus der EU-Kommission

Die **EU-Kommission** möchte derweil noch einen ganz anderen Weg gehen. So sollen die großen Anbieter, wie etwa *Facebook* oder *Google*, gezwungen werden, **inhaltliche Daten** quasi direkt an die europäischen Behörden weiterzugeben

→ Ganz ohne ein Rechtshilfeverfahren, wie es bislang noch üblich ist.

- <http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/rheinische-post-fahnder-sollen-nutzerdaten-von-facebook-amp-co-kuenftig-direkt-abgreifen-koennen-5632356>).

Das würde bedeuten, die Strafverfolgungsbehörden, wie es verniedlichend heißt, könnten „*Verdächtige*“ und deren Botschaften untereinander faktisch jederzeit kontrollieren. Die Bundesregierung hat sich offenbar besonders hervorgetan beim Antrag auf diese Technik. Sie möchte nicht nur, wie bislang vermutet worden war, etwa die Adressen der Nutzer und den Zeitpunkt der Kommunikation untereinander erforschen. Sie möchte die Inhalte durchforschen.

## ► Sirius: Europol fängt Ende Oktober an

Das Ganze wird dann zentralisiert. Verantwortlich ist die Polizeibehörde „*Europol*“ und deren neues Portal „*Sirius*“. Dies soll Ende Oktober seine Arbeit aufnehmen.

- In diesem Portal fassen die Behörden der Polizeien ihre Ergebnisse dann zusammen. Die Regierung gab auf Anfrage der Partei der „*Linken*“ bereits zu, dass die großen Internet-Dienstleister inzwischen sogar „*Abfrageportale*“ bereitgestellt haben, um die Arbeit zu erleichtern.

Die „*Linke*“ sieht darin einen Angriff auf die unternehmerische Autonomie der Beteiligten, denn diese würden „*zusehends zu Handlangern von Polizei und Diensten*“. Damit erleichtern sich die Behörden nicht nur ihre Arbeit, um effektiver zu arbeiten, wie es wohl heißen wird. Vielmehr sieht die Linke einen Eingriff in die Privatsphäre der Telekommunikation.

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das am 01.10.2017 in Kraft tritt, ist in diesem ganzen Zusammenhang nur ein Schritt dahin, die öffentliche Kommunikation von Seiten des Staates zu kontrollieren und wo nicht erwünscht offenbar auch zu verbieten.

→ ... **Wehren Sie sich gegen diese Art der Zensur und der Verbote.**